

Ungleiche Verteilung der Hilfeleistungen für betroffene Familien in Deutschland und der Ukraine

Die jüngsten Handlungen von Bundesfamilienministerin Lisa Paus, insbesondere ihr Besuch in der Ukraine, haben erneut die Unterstützung Deutschlands für die ukrainische Bevölkerung in den Vordergrund gerückt. Während die Solidarität mit den von Krieg betroffenen ukrainischen Frauen, Kindern und Jugendlichen zweifellos lobenswert ist, wirft sie jedoch zugleich Fragen über die Verteilung der Ressourcen innerhalb Deutschlands auf.



Ministerin Paus betonte die vielfältigen Unterstützungsmaßnahmen für ukrainische Flüchtlinge, darunter die „Helpline Ukraine“ und spezielle Programme für Kinder aus Heimen. Diese Bemühungen sind sicherlich wichtig und dringend. Aber sie lassen eine entscheidende Frage offen: Was ist mit den deutschen Familien, die sich ebenfalls in extremen Notlagen befinden?

Besonders prekär ist die Situation für Familien mit schwerst neurologisch beeinträchtigten Mitbürgern, wie etwa solchen im Wachkoma. Diese Gruppen benötigen ebenso dringend spezialisierte Unterstützung und Koordination, die jedoch nicht im gleichen Maße vorhanden sind. Durch Gesetzte (IPReG) sollen diese aus der familiären Umgebung in entsprechende Heime „verlagert“ werden. Und für neu Betroffene, bzw. für ihre mitbetroffenen Angehörigen gibt es in Deutschland keine vergleichbare Melde- und Koordinierungsstelle, die sich diesen spezifischen Bedürfnissen widmet. Vielleicht sollte die „Bundes“ministerin Lisa Paus auch den schwerst betroffenen „Bundes“bürgern einen Besuch abstatten und deren Situation in den Fokus stellen, auch wenn dies zu keiner solch medialen Aufmerksamkeit werden wird.

Dieses Ungleichgewicht in der Unterstützung wirft kritische Fragen zur Gleichheit und Gerechtigkeit auf. Es ist essenziell, dass die Unterstützung für alle Bedürftigen gerecht verteilt wird. Die Bundesregierung sollte sicherstellen, dass keine Bürgerin und kein Bürger schlechter gestellt

wird, nur weil die mediale und politische Aufmerksamkeit momentan auf dem ukrainisch - russischen Krieg liegt.

„Die Situation erfordert eine sorgfältige Überprüfung und möglicherweise eine Umstrukturierung der Hilfsangebote, um denjenigen in Deutschland gerecht zu werden, die in schwierigsten und oft übersehenen Lagen sind.“, so der neue Bundesvorsitzende Karl-Eugen Siegel und fährt fort: „Während internationale Solidarität und Hilfe unerlässlich sind, muss die Unterstützung im eigenen Land parallel dazu und mit wenigstens gleichem Ernst weitergeführt und ausgebaut werden und nicht noch durch unzureichende Gesetze behindert werden. Eine Heimeinweisung nach 30jähriger intensiven häuslicher Versorgung ist mindestens mit einer Deportation gleichzusetzen!“

Es bleibt zu hoffen, dass die Bundesregierung diese Diskrepanz erkennt und umgehend Maßnahmen ergreift, um eine gleichmäßigere Verteilung der Unterstützung sicherzustellen, die den Bedürfnissen seiner Bürger gerecht wird.

Ausführungen zum IPRG: <https://www.shvfg.de/tag/ipreg/>

*Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/ministerin-paus-in-der-ukraine-in-auschwitz-und-zu-bilateralen-gespraechen-in-warschau-238778>*